

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Campus der Demokratie“ in der Lichtenberger Ruschestraße aktiv entwickeln

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, gemeinsam mit der Bundesregierung und dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR am Standort der ehemaligen Zentrale der Staatssicherheit der DDR in der Lichtenberger Ruschestraße einen Museums- und Bildungsort zu entwickeln. Der Campus soll der Auseinandersetzung mit Unrecht und Willkür, mit Widerstand und Opposition in der DDR und Osteuropa dienen und die Demokratiebewegung als eine Wurzel des modernen Europa erfahrbar machen.

Auf dem Campus sollen neben den Einrichtungen des Bundesbeauftragten weitere Initiativen und Träger der politisch-historischen Bildungsarbeit, wie die Robert-Havemann-Gesellschaft, ihren Teil zu einem umfassenden Bildungsangebot beitragen.

Der Berliner Anteil an den notwendigen Investitionen für den Campus der Demokratie soll aus den sogenannten NOVUM-Geldern bestritten werden, die Berlin aus dem ehemaligen SED-Vermögen noch erwartet.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Juli 2014 zu berichten.

Begründung:

Das Abgeordnetenhaus hat bereits im Jahr 2009 (Drs. 16/2803) ein Zentrum für Widerstands- und Oppositionsgeschichte gegen die SED-Diktatur in Berlin als notwendig erachtet. Das Zentrum sollte in Übereinstimmung mit dem Berliner Gedenkstättenkonzept auf Grundlage

einer konzeptionellen Entwicklung und unter Einbeziehung der Robert-Havemann-Gesellschaft sowie der Berliner Gedenkstätten gegründet werden. Eine Zusammenarbeit mit dem Bund war vorgesehen. Angesichts einer fehlenden Zusage des Bundes und mangelnder finanzieller Mittel des Landes Berlin wurde das Projekt zunächst nicht weiter verfolgt.

Diese Ausgangslage hat sich seitdem geändert. Die neue Regierungskoalition auf der Bundesebene hat in ihrem Koalitionsvertrag die Fortentwicklung der ehemaligen Zentrale der Staatssicherheit der DDR zu einem Ort der Aufklärung über Diktatur und Widerstand vorgesehen. Eine konkrete Basis dafür bietet der Vorschlag des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Roland Jahn. Seine Ideenskizze trägt den Titel „Campus der Demokratie“.

Im Rahmen des Gedenkstättenkonzeptes der Bundesregierung sollen das Archiv der DDR-Opposition der Robert-Havemann-Gesellschaft und die Open-Air-Ausstellung „Friedliche Revolution 1989“, die vor fünf Jahren mit großem Erfolg auf dem Alexanderplatz gezeigt wurde, dauerhaft gesichert werden. Das Land Berlin hat in Form einer Förderung durch Lottomittel zum Aufbau der Ausstellung in der Ruschestraße bereits einen wichtigen Beitrag geleistet.

Für die Entwicklung des Standortes insgesamt werden weitere Finanzmittel – auch aus der Berliner Landeskasse - nötig sein. Die vom Senat nach Abschluss mehrerer Gerichtsverfahren noch erwarteten Gelder des ehemaligen SED-Vermögens (sog. NOVUM-Gelder) sollen dabei Berücksichtigung finden.

Berlin, den 14. März 2014

Pop Kapek Otto Bangert Gelbhaar Moritz
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen